

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نپاشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Interview: Johannes Greß, Wien
02.02,2021

«Das ist eine bedenkliche Entwicklung»

Österreich: Regierung will mit neuem Gesetz in universitäre Strukturen eingreifen. Ein
Gespräch mit Rosa Gold



Foto: Ingrid Kornberger/APA/dpa

Demonstranten der Initiative »Bildung brennt« protestieren in Graz gegen das
Universitätsgesetz (12.1.2021)

Rosa Gold (Name geändert) ist Teil der Gruppe »Bildung brennt«

**Die Initiative »Bildung brennt« macht seit Anfang Januar gegen das neue
Universitätsgesetzes, UG, mobil. In mehreren Städten kam es bereits zu
Demonstrationen, eine Petition erreichte mehr als 25.000 Unterschriften. Worum geht
es?**

Mit der UG-Novelle, die 2021 umgesetzt werden soll, kommt es zu massiven Eingriffen in
universitäre Strukturen. Unser Protest richtet sich unter anderem dagegen, dass mit der
Novelle zur Studienanfangszeit eine Mindestleistung erforderlich sein wird. Personen, die –
pauschal gesagt – keine reichen Eltern haben, werden es dadurch viel schwieriger haben.

Gerade für Alleinerziehende oder Personen, die nebenbei arbeiten müssen oder sonstige Verpflichtungen im Care-Bereich haben, wird ein Studium schwieriger.

Vorgesehen ist eine Mindestleistung von 24 ECTS-Punkten (Europäisches System zur Übertragung und Akkumulierung von Studienleistungen, JW) in den ersten beiden Studienjahren. Das sind acht pro Semester – ist das wirklich so schlimm?

Acht ECTS klingt nett, aber wenn man rechnet, dass jeder Punkt 25 Arbeitsstunden entspricht, dann sind das trotzdem 200 Stunden, die an Leistung erbracht werden müssen. Das wird nicht dazu führen, dass viele Leute aus dem Studium fliegen – aber diejenigen, die rausfliegen, sind die, die diese Leistung aus guten Gründen nicht erbringen können. Das werden Leute sein, die Familienangehörige pflegen müssen, denen eine Einkommensquelle wegbricht oder bei denen es zu psychosozialen Notfällen kommt. Das entspricht schon einer sehr dunklen Pädagogik: Jemand bringt nicht genug Leistung und wird dafür bestraft. Wir wünschen uns im Jahr 2021 einen anderen pädagogischen Zugang. Wenn ich merke, jemand kann nicht genug Leistung erbringen, dann muss ich ihn unterstützen, fördern.

Ist die UG demokratiepolitisch problematisch?

Sie sieht eine Machtverschiebung von den Senaten Richtung Rektorat vor. Der Senat ist ein Gremium, in dem Studierende, das allgemeine Personal, Lehrende und Professorinnen vertreten sind. Nun soll es möglich werden, universitäre Gremien und Entscheidungsprozesse noch stärker politisch einzufärben. Die Studienpläne und die Ausgestaltung sollen direkt über das Rektorat gesteuert werden können. Bisher war es dem Senat möglich, hier ein Wörtchen mitzureden. Das Ministerium bemüht sich um einen direkten Zugriff auf die Universitäten, weil die Rektorate viel abhängiger von ihnen sind als die Senate. Das sind demokratiepolitisch bedenkliche Entwicklungen.

Dora Jandl, Vorsitzende des »Verbands Sozialistischer Student_innen in Österreich«, und Walter Obwexer, Senatsvorsitzender der Universität Innsbruck, erklärten, die Novelle sei in 14 Punkten verfassungs- oder europarechtswidrig.

Das Problem ist, dass Regierung und Bildungsministerium regelmäßig mit einem Gegengutachten daherkommen. Inmitten einer Pandemie Dinge, die möglicherweise verfassungswidrig sind, in dieser Form durchzuboxen, ist eine Vorgehensweise, die wir uns von keinem Gesetzgeber, egal in welchem Bereich, wünschen würden. Dass die Hälfte der Novelle womöglich wieder kassiert werden wird, weil sie verfassungswidrig ist, wird bewusst in Kauf genommen. Das Ziel ist lediglich, Druck zu erzeugen, damit sich etwas in eine

bestimmte politische Richtung bewegt. Wir stellen uns daher auf einen protestreichen Frühling und einen heißen Sommer ein.

Mit Sigrid Maurer, Fraktionschefin der Grünen, hättet ihr eigentlich eine ideale Ansprechpartnerin in der Regierung. Sie war selbst Vorsitzende der »Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft« und 2009 eine der führenden Köpfe der Studierendenproteste und der Besetzung des Audimax der Universität Wien.

Von Maurer bekommt man eigentlich gar nichts zu hören. Dasselbe gilt für die ehemalige Rektorin der Akademie der bildenden Künste, Eva Blimlinger, auch Grüne, die jetzt gemeinsam mit Bildungsminister Heinz Faßmann, ÖVP, die Novelle vorstellte. Beide vertreten für uns unverständliche, mit Blick auf ihren eigenen Werdegang nicht nachvollziehbare Positionen. Man kann vermuten, dass sie entweder ihren politischen Weg verloren haben oder so sehr in diesem Koalitionsspiel gefangen sind, dass sie nicht erkennen, was sie da mitverantworten.

Aus: [Ausgabe vom 02.02.2021](#), Seite 2 / Ausland

UNIVERSITÄTSGESETZ IN ÖSTERREICH